

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



2025

Geschäftsbericht



Grusswort	3
Highlights	4
Wirtschaft, Finanzen, Steuern	6
Mobilität	7
Sozial-und Migrationspolitik	8
Raumentwicklung und Agglomerationen	9
Stadtentwicklung, Wohnen und Quartiere	10
Kultur und Bildung	11
Umwelt und Energie	11
Digitalisierung	12
Europa / Internationales	12
Sicherheit	12
Medienpolitik	12
Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit	13
Geschäftsstelle	15
Netzwerk	15
Organe	16
Jahresrechnung	17
Mitglieder	19

Stadt ist die alltägliche Lebensrealität einer Mehrheit der Schweizer Bevölkerung. Ich gehöre dazu: Hier kaufe ich ein, treffe Kolleginnen und Freunde, geniesse Kultur und Sport; hier wohne und arbeite ich. Es ist dieses Stadtleben, für das ich mich als Präsident des Schweizerischen Städteverbands einsetze. Beim Lesen dieser ersten Zeilen wird Ihnen aufgefallen sein, dass wir unseren Auftritt verändert haben. Der Städteverband rückt näher an die Städte, die Stadtpolitik und ihre Menschen, deren Interessen wir vertreten. Das kommt nicht von ungefähr: Die Schweizer Stadt soll in Bundesbern besser gesehen und gehört werden.

Es freut mich, meine Tätigkeit als Stadtpräsident von Aarau mit dem Engagement für alle Schweizer Städte und ihrer Bewohnerinnen und Bewohner verbinden zu dürfen: Ich wurde am Städtetag 2025 in Brig-Glis zum Präsidenten des Schweizerischen Städteverbands gewählt. Die Themen sind vielfältig. Die Herausforderungen ähneln sich oft, auch wenn die Städte sich in ihrer Ausprägung unterscheiden. Städte sind attraktive Lebens- und Wirtschaftsräume, kulturelle Impulsgeberinnen, gesellschaftliche und innovative Triebkräfte sowie begehrte Wohn- und Freizeitorde. Um diese Rolle erfolgreich wahrzunehmen, braucht es den Städteverband, der einerseits ein ideales Netzwerk und ein Voneinanderlernen ermöglicht, und andererseits in der Interessensvertretung eine fundierte, abgestimmte Position vertritt.

«Die Schweizer Stadt soll in Bundesbern besser gesehen und gehört werden.»

Seit nunmehr 25 Jahren gewährt der Städte- und Gemeinde-Artikel, der Artikel 50 in der Bundesverfassung die Gemeindeautonomie. Er verpflichtet den Bund bei seinem Handeln zur Rücksicht auf die kommunale Ebene und betont die besondere Rolle der Städte und Agglomerationen. Die Einführung und Umsetzung in den letzten Jahrzehnten haben ein demokratisches Zeichen gesetzt: Städte und Gemeinden sind als eigenständige Partnerinnen im föderalen Gefüge anzuerkennen. Anlässlich des Jubiläums des Artikels 50 im Berichtsjahr forderten wir, dass alle Staatsebenen den Artikel achten, anwenden und wir ihn zielgerichtet weiterentwickeln. Die Mitgestaltung der Städte bei der



Bewältigung der aktuellen Herausforderungen soll die Regel sein, nicht die Ausnahme. Als Höhepunkt dieses Jubiläums übergaben der Städteverband und Gemeindeverband gemeinsam dem Bundesrat Beat Jans die Deklaration «Die Städte und Gemeinden im Bundesstaat».

Auf Umsetzung des Artikels 50 pochen wir zum Beispiel in der Mobilitätspolitik: Angesichts der Bestrebungen auf nationaler und kantonaler Ebene, die Umsetzung von Tempo 30 zu erschweren, forderten rund 600 Gemeinde- und Stadtexekutiven aus der ganzen Schweiz und über alle Parteigrenzen hinweg in einem offenen Brief den Bundesrat und die kantonalen Baudirektorinnen und -direktoren auf, den kommunalen Handlungsspielraum nicht weiter einzuschränken. Zugleich machte sich der Städteverband explizit für eine Mitwirkung bei der Ausgestaltung der künftigen Verkehrspolitik stark. Verkehr '45 wird die Strasse, Schiene und Agglomerationsprogramme verknüpfen und denkt Raum-, Verkehrs- und Stadtplanung zusammen.

Für diese Unterfangen im letzten Jahr waren und sind wir auf Ihre Energie, Kreativität und Engagement angewiesen. Sie gelingen dank eines engagierten Vorstands sowie Ihrer Mitarbeit im Verband; in den Sektionen, Kommissionen, Arbeitsgruppen und nicht zuletzt unserer Geschäftsstelle. Ihnen allen danke ich herzlich für Ihren Einsatz zum Wohle der städtischen Schweiz.

Hanspeter Hilfiker
Präsident des Städteverbands

Jubiläum Artikel 50 Bundesverfassung

Der im Jahr 2000 in der Bundesverfassung verankerte Städte- und Gemeindeartikel ist eine Errungenschaft. Er schreibt fest, dass Städte und Gemeinden ihre Autonomie im kantonalen Rahmen leben dürfen. Zugleich hat der Bund bei seinem Handeln die Städte und Agglomerationen besonders zu berücksichtigen. Trotz eines systematischen Einbezug in einzelnen Prozessen und guter partnerschaftlicher Zusammenarbeit fällt die Bilanz der letzten 25 Jahre ambivalent aus. Das Jubiläum war nicht ein Anlass für Nostalgie, sondern ein Plädoyer für den Föderalismus: Städteverband und Gemeindeverband haben in Anwesenheit zahlreicher Stadt- und Gemeindepolitiker:innen im Bundeshaus dem Bundesrat gemeinsam die Deklaration «**Die Städte und Gemeinden im Bundesstaat**» überreicht. Sie ist Ausdruck von Kooperation mit Bund und Kantonen, von Dank und Respekt, und verbunden mit einer klaren Botschaft: Die kommunale Stimme gehört gehört. Artikel 50 muss ernst genommen – und weitergelebt – werden. Denn föderale Partnerschaft ist nicht statisch oder ein reines Verwalten. Sie will ständig neu gelebt und weiterentwickelt werden. Der Artikel 50 ist ein demokratisches Versprechen. Und er bleibt ein Prüfstein für die Zukunft unseres Föderalismus.

Der neue Präsident des Städteverbands: Hanspeter Hilfiker

Die Generalversammlung der Städte wählte Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident Aarau, zum neuen Präsidenten des Schweizerischen Städteverbands. Hilfiker ist

Aarauer, studierte Wirtschaft und arbeitete 20 Jahre in der Rückversicherungsbranche. Stets begleitete ihn die Politik; ab 2003 als Mitglied des Einwohnerrates (Stadtparlament), später als Stadtrat zuständig für Kultur und Sport. Er ist Mitglied der FDP. Seit 2018 ist Hilfiker Stadtpräsident von Aarau, seit 2023 Mitglied im Grossen Rat des Kantons Aargau. Der neue Städteverbandspräsident will sich nun auf nationaler Ebene für die Städte einsetzen. Er kennt ihre Herausforderungen aus erster Hand und engagiert sich seit Jahren im und für den Städteverband. Im Jahr 2023 hat er mit seiner Stadt den Städtetag in Aarau ausgerichtet und er vertritt seit einem guten Jahr die kommunale Ebene in der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz BPUK. Sein beruflicher Hintergrund und seine Führungsrollen an diversen Schnittstellen, seine politische Erfahrung nicht nur auf kommunaler, sondern auch auf kantonaler Ebene machen ihn zu einem sachkundigen und vernetzten Vertreter der Städte.

Während drei Jahren und bis im Sommer 2025 prägte Anders Stokholm den Städteverband. Es gelang ihm die urbanen Interessen zu positionieren und damit den Dialog zwischen den Städten und dem Bund zu fördern. Der Einbindung und Wahrnehmung der Städte in Bundesbern war dies zuträglich. Anders Stokholm schied als Verbandspräsident aufgrund seines Rücktritts als Stadtpräsident am 28. August 2026 in Brig-Glis aus. Dort erfolgte auch die Wahl der Nachfolge im Rahmen der Generalversammlung des SSV.

Als weitere neue Mitglieder im Vorstand gewählt wurden: Marieke Kruit, Stadtpräsidentin Bern als Nachfolgerin von Alec von Graffenried, und Joëlle Bertossa,



Stadträtin aus Genf als Nachfolgerin von Sami Kanaan. Letztere wurde seitens des Vorstands an der Septemberversammlung 2025 auch als zweite Vizepräsidentin gewählt. Die weiteren Vorstandsmitglieder stellten sich im Rahmen der Gesamterneuerungswahlen der Generalversammlung wieder zur Verfügung und wurden bestätigt.



Offener Brief: Rund 600 Städte und Gemeinden wehren sich gegen eine Einschränkung der Gemeindeautonomie im Strassenverkehr

Zahlreiche Städte und Gemeinden forderten im Herbst den Bund und die Kantone nachdrücklich dazu auf, die bestehende Aufgabenteilung zwischen den Staatsebenen im Bereich Mobilität zu respektieren und die Ermessens- und Handlungsspielräume der Gemeinden bei verkehrlichen Massnahmen nicht weiter einzuschränken. Dazu unterschrieben rund 600 Gemeinde- und Stadtexekutiven über Sprach- und Parteigrenzen hinweg einen offenen Brief.

Die Unterzeichnenden verwiesen auf die verfassungsrechtlich garantierte Gemeindeautonomie und betonten, dass die bestehenden gesetzlichen Grundlagen bereits klare Regeln für Geschwindigkeitsanpassungen vorsehen. Zusätzliche bundesrechtliche oder kantonale Vorgaben würden zu unnötigen Einschränkungen, Verzögerungen und Rechtsunsicherheiten führen, sowie der Verkehrssicherheit und dem Lärmschutz schaden.

Städte und Gemeinden sind selbst am besten in der Lage, die lokalen Bedürfnisse zu beurteilen und zweckmässige Lösungen umzusetzen. Sie halten sich an die Spielregeln und setzen Tempo 30 dort ein, wo es sinnvoll und vernünftig ist.

Ebenfalls setzt sich der Städteverband für eine starke Mitwirkung und eine adäquate Anerkennung der städtischen Anliegen beim Projekt Verkehr '45 ein. Eine koordinierte Weiterentwicklung von Strasse, Schiene und Agglomerationsverkehr ist für die Städte und Agglomerationen zentral; dabei müssen Raum-, Verkehrs- und Stadtentwicklung zusammen angepackt werden.

Der Städteverband

Der Schweizerische Städteverband ist die Stimme der urbanen Schweiz und setzt sich gegenüber Politik und Gesellschaft für die Interessen der Städte, städtischen Gemeinden und Agglomerationen ein.

Er bietet seinen Mitgliedern ein Netzwerk, Plattformen des Austausches und weitere Dienstleistungen.

Dem Verband sind sieben Sektionen angeschlossen. Zur Bearbeitung von Fachthemen unterhält der Städteverband zudem diverse Kommissionen und Arbeitsgruppen. Der Städteverband wurde 1897 gegründet und zählt heute 134 Mitglieder.

Die Delegiertenversammlung findet im Rahmen des Städtetags statt; die Veranstaltung bildet den Höhepunkt im Verbandsjahr.

Entlastungspaket 27

Das Jahr hat mit der Vernehmlassung zum Entlastungspaket 27 begonnen, in der die Städte eindrückliche Beispiele zu den Risiken für die Städte geliefert haben. Der Städteverband setzte sich in der öffentlichen Debatte, den Anhörungen und dem parlamentarischen Prozess für die Anliegen der Städte ein, damit es zu keinen einseitigen Lastenverschiebungen auf Kosten der Städte kommt. Die Städte wünschen sich eine finanzpolitische Debatte, in der alle Staatsebenen einbezogen werden. Das Entlastungspaket verschiebt Kosten vom Bund via Kantone auf die Städte und gefährdet Investitionen und die langfristige Planungssicherheit der Städte in Integration, Mobilität, Bildung, Umwelt und Kultur.

Abschaffung des Eigenmietwerts

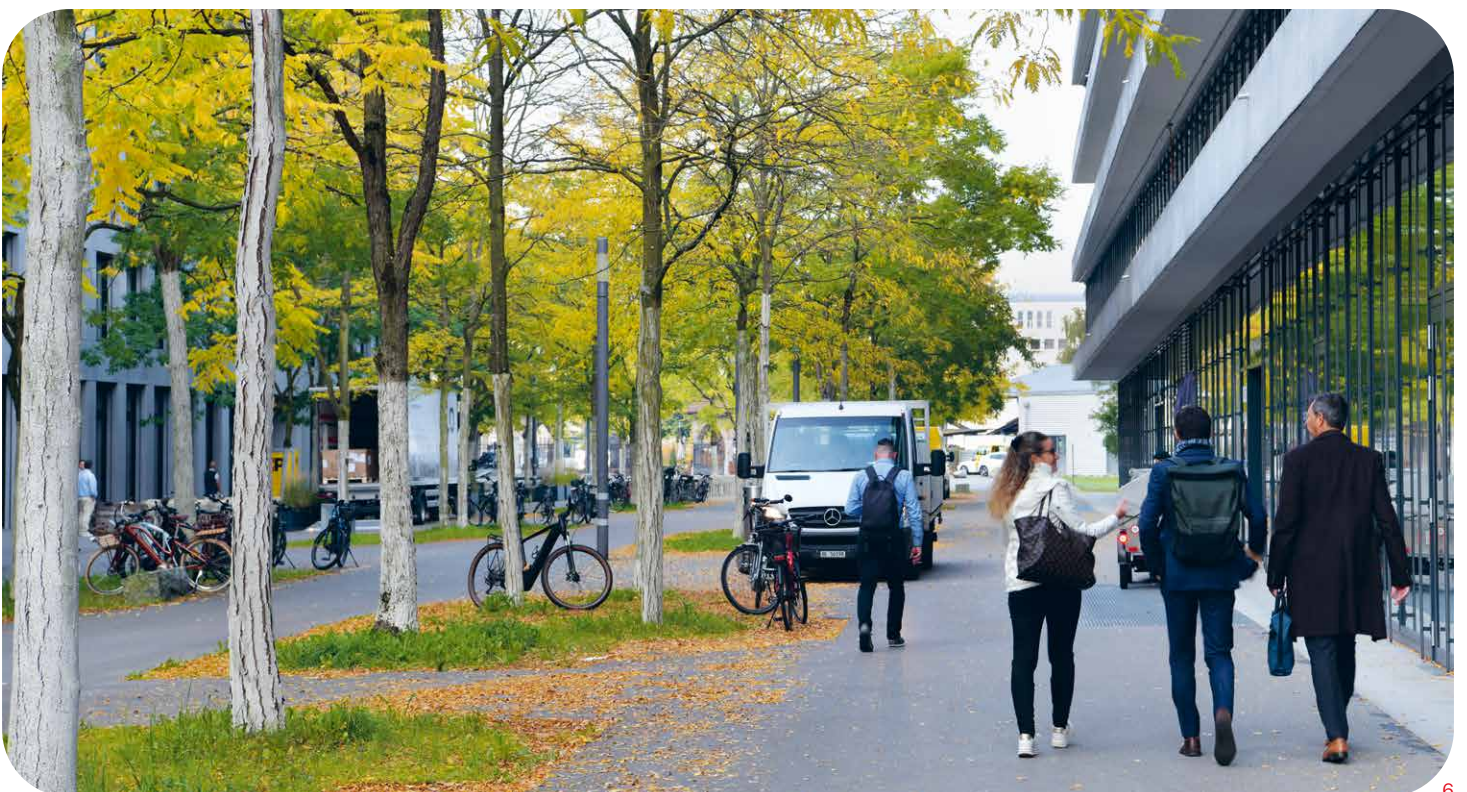
Im September nahm das Volk die Abschaffung des Eigenmietwerts an, gegen die sich der Städteverband zusammen mit den Kantonen gewehrt hatte. Die Annahme wird die Steuergerechtigkeit zwischen Mietenden und Eigenheimbesitzenden gefährden, sie wird nicht im Nationalen Finanzausgleich berücksichtigt, führt zu Steuerausfällen sowie grossem administrativem Mehraufwand. Der Städteverband verfolgt die laufenden kantonalen Umsetzungen.

Individualbesteuerung

Das Parlament nahm die von den Städten unterstützte Individualbesteuerung an; es kam jedoch ein doppeltes Referendum gegen den Steuersystemwechsel zu Stande. Die Individualbesteuerung ist das einzige Modell, das eine zivilstandesunabhängige Besteuerung ermöglicht. Die Städte sind für das vom Parlament verabschiedete Gesetz, denn es trägt dem gesellschaftlichen Wandel am besten Rechnung und bildet die Diversität der Lebensmodelle, wie sie insbesondere in den Städten existieren, besser ab. Die geschätzten Mindereinnahmen werden den Bundeshaushalt zwar belasten, sie sind im Vergleich zu anderen vorgeschlagenen Modellen jedoch geringer und angesichts des überfälligen Systemwechsels hinzunehmen. Der Städteverband setzte sich im gesamten politischen Prozess bis zur Volksabstimmung für die Interessen der Städte ein.

Langzeitperspektiven

Die Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD) gab eine [Studie zu den Langzeitperspektiven der Stadtfinanzen](#) heraus. Die Szenarien zeigen auf, dass der Ausgabendruck auf die Städte aufgrund des demografischen Wandels bis ins Jahr 2060 markant steigen dürfte. Die Städte müssen handeln, um das Verhältnis von Einnahmen und Ausgaben sowie die Schuldenquote längerfristig stabil halten zu können.



Tempo 30 auf Hauptachsen

Der Städteverband hat sich intensiv in die politische Auseinandersetzung mit dem Thema Tempo 30 auf Hauptverkehrsachsen eingebracht. Nicht nur hat er eine fundierte Stellungnahme an der Vernehmlassung zur Umsetzung der Motion 21.4516 Schilliger vorgelegt, sondern auch einen offenen Brief lanciert, der von rund 600 Stadt- und Gemeinde-Exekutiven unterschrieben wurde. Tempo 30 auf Hauptachsen ist für die Städte eine wichtige Massnahme, um die Strassen sicherer zu machen, den Verkehrslärm an der Quelle zu bekämpfen und den öffentlichen Raum aufzuwerten.

Dem Thema Tempo 30 war auch das Herbstforum 2025 der Städtekonferenz Mobilität gewidmet. Ziel war es, einen Beitrag zu leisten, um die Diskussion um diese Verkehrsmassnahme zu versachlichen. Fachleute präsentierten die neusten Zahlen und Erfahrungen aus den Projekten, Vertreter:innen städtischer Exekutiven diskutierten die Frage, wie die Anliegen der Städte am besten eingebracht werden können.

«Verkehr 45»

Mit «Verkehr 45» hat das Departement Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK eine Auslegeordnung für den weiteren Infrastrukturausbau im Bereich Nationalstrassen, Schiene und Agglomerationsverkehr vorgenommen. Der Städteverband setzte sich erfolgreich dafür ein, dass die Städte und Gemeinden in der Begleitgruppe der Studie vertreten waren. Der Bericht lässt viele Fragen zur angewendeten Priorisierung offen: Aspekte wie das Netto-Null-Ziel, die Flächeneffizienz und eine nachhaltige Siedlungsentwicklung scheinen wenig gewichtet worden zu sein. Dies führt in einigen Städten und Stadtregionen zu Resultaten, die aus Sicht des Städteverbands nicht nachvollziehbar sind. Er wird sich bei den weiteren politischen Entscheiden zur Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur einbringen.

Bevölkerungsbefragung «Mobilität in Schweizer Städten»

Die Städtekonferenz Mobilität hat mit der Bevölkerungsbefragung [«Mobilität in Schweizer Städten»](#) eine vielbeachtete Studie zum Mobilitätsverhalten und den verkehrspolitischen Einstellungen der Stadtbevölkerung veröffentlicht. Sie zeigt, dass die städtische Verkehrspolitik im Einklang mit den Bedürfnissen der Bewohnenden steht: Eine Mehrheit der Befragten ist mit der Verkehrssituation zufrieden, befürwortet allerdings mehr Platz für Menschen zu Fuss und auf dem Velo, mehr öV und mehr verkehrsfreie Räume. Anwohnerinnen und Anwohner von Strassen mit Tempo 20 oder 30 sind zufriedener mit dem Temporegime als solche an Tempo 50-Strassen.

Selbstbestimmtes Wohnen im Alter

Künftig sollen Personen mit geringen Mitteln im Alter möglichst selbstbestimmt wohnen können. Der Städteverband brachte sich in diesem Sinn in die Debatte zur Aufnahme von Betreuungsleistungen in die Gesetzgebung der Ergänzungsleistungen ein. Denn Betreuung im Alter ist für die Städte ein wichtiges Thema. Mit einer wirkungsvollen Umsetzung lassen sich verfrühte Heimeintritte vermeiden.

Anlässlich der Fachtagung des Schweizer Netzwerks altersfreundlicher Städte trugen Referierende verschiedene Aspekte und Ansätze zum Thema Wohnen im Alter zusammen und teilten ihre Beispiele und Erfahrungen mit dem Netzwerk.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Die mehrfach verlängerte Anstossfinanzierung des Bundes bei der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kita-Vorlage) soll abgelöst werden durch eine Betreuungszulage für Eltern und Programmvereinbarungen zur Weiterentwicklung der institutionellen Kinderbetreuung. Der Städteverband hat sich stark für diese Vorlage eingesetzt. Es ist als Erfolg zu werten, dass das Parlament nach langen Verhandlungen eine mehrheitsfähige Lösung gefunden hat, welche die Eltern substanziell entlastet.

Sozialhilfebezug von Ausländerinnen und Ausländern

Ebenfalls brachte sich der Städteverband in die parlamentarischen Debatten zur Vorlage «Armut ist kein Verbrechen» ein, mit der dem Nichtbezug von Sozialhilfe entgegengewirkt werden könnte. Da der Nationalrat nach der Vernehmlassung beschlossen hat, nicht auf die Vorlage einzutreten, werden Ausländerinnen und Ausländer, die schon lange in der Schweiz sind, weiterhin unverhältnismässig hart bestraft für unverschuldeten Sozialhilfebezug. Die Folgekosten, wenn Personen auf Sozialhilfe verzichten und daher in prekären Verhältnissen leben, bezahlen die Städte.

Asylstrategie 2027

Das vor sechs Jahren neu strukturierte Asylsystem hat sich grundsätzlich bewährt. Bund, Kantone, Städte und Gemeinden haben nun gemeinsam festgelegt, wie das System noch verbessert werden kann: Im Rahmen der Asylstrategie 2027 sollen unter anderem die Asylverfahren weiter beschleunigt und das System schwankungstauglicher ausgerichtet werden. An der Asylkonferenz vom 28. November 2025 haben alle drei Staatsebenen dafür gemeinsam ein politisches Mandat für die Erarbeitung konkreter Massnahmen verabschiedet. Der Städteverband hat sich aktiv eingebracht. Zudem hat er erstmals einen Sitz in der Begleitgruppe zu den kantonalen Integrationsprogrammen und der Integrationsagenda erreicht. So wird der Austausch zwischen den Akteuren gestärkt.

Diverse Vernetzungsanlässe der Städteinitiative Sozialpolitik boten den Mitgliedstädten die Möglichkeit, voneinander zu lernen. Die gemeinsame Konferenz mit den städtischen Sozial- und Sicherheitsverantwortlichen befasste sich mit Drogenpolitik. An der Herbstkonferenz stand das Thema Wohnraum für Menschen in prekären Verhältnissen im Fokus.

ISOS-Direktanwendung

Ortsbilder stiften Identität und tragen zum Wohlbefinden der Menschen bei. Der Städteverband erachtet das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) deshalb grundsätzlich als wichtig und unverzichtbar. Die ISOS-Direktanwendung führt jedoch zu Blockaden im Wohnungsbau. An dem zu diesem Thema einberufenen Runden Tisch machte sich der Städteverband für die Korrektur dieser Fehlentwicklung stark. Dabei hat auch die Kerngruppe der AG Stadtplanung massgeblich zu fachlich differenzierten Grundlagen beigetragen. Das war erfolgreich: Mit der in die Vernehmlassung geschickten Verordnungsanpassung liegt nun eine pragmatische Lösung vor.

Raumkonzept Schweiz

Das Raumkonzept Schweiz ist Orientierungsrahmen für die raumwirksamen Tätigkeiten von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden. Es zeigt auf, wie die Schweiz in Zukunft aussehen könnte und welche Handlungsansätze auf dem Weg dorthin möglich sind. Die drei Staatsebenen aktualisierten das Raumkonzept über die letzten drei Jahre und finalisierten im Berichtsjahr den Text nach einer Vernehmlassung. Das aktualisierte Raumkonzept wird anfangs 2026 von den Trägerorganisationen verabschiedet und danach der Öffentlichkeit präsentiert.

Stadt der kurzen Wege

Für eine Stadt der kurzen Wege sind eine enge Zusammenarbeit der Fachbereiche, ein klarer Fokus auf die Menschen und das Verständnis von Strassenraumgestaltung als kulturelle Transformation zentral. Diese und weitere Aspekte standen im Zentrum einer gemeinsamen Tagung des Städteverbands mit dem Planungsverband EspaceSuisse.

Tripartite Konferenz TK

Die TK ist die gemeinsame Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Ebenen und zwischen urbanen und ländlichen Räumen. Verschiedene Projekte aus dem Arbeitsprogramm 2022–2026 wurden erarbeitet, darunter der Tripartite Dialog zu Innenentwicklung und die Umsetzung der Agenda 2030. Für das Projekt «Durchlässigkeit von Arbeits- und Wohngebieten» – eine Massnahme des Aktionsplans Wohnungsknappheit – bestimmte die Konferenz einen Umsetzungspartner; für «Impuls Innenentwicklung» beschloss sie eine Rahmenvereinbarung und bereitete sie zur Unterzeichnung vor.



Innenentwicklung

Die Umsetzung der qualitätsvollen Innenentwicklung bleibt eines der zentralen Themen für Städte und Agglomerationen. Das fachliche Netzwerk im Städteverband, die AG Stadtplanung befasste sich im Berichtsjahr insbesondere mit dem Thema Aufzonungen, den dagegen vorgebrachten Widerständen und der Frage der Auswirkung des Wohnschutzes auf die Stadtplanung.

Wohnen

Eine grosse Herausforderung für die Städte bleibt die Wohnungsknappheit. Der Städteverband hat sich in dieser Hinsicht breit eingebracht. Er hat zur Umsetzung des Aktionsplans Wohnungsknappheit durch die aktive Teilnahme in verschiedenen Arbeitsgruppen beigetragen. Er setzte sich bei verschiedenen Fragen zum Mietrecht, wie etwa zu den Änderungen im Wohnraumförderungsgesetz und zu einer möglichen Anpassung des Mietzinsmodells, sowie für städte- und mieterfreundliche Vorlagen im Parlament ein. Weiter beschäftigte sich der Städteverband mit der Umsetzung seines Positionspapiers zur städtischen Wohnpolitik, diskutierte Fragen zum Wohnschutz in seinen Gremien und führte eine Veranstaltung zur aktiven Bodenpolitik durch.

Quartiere

Quartiere sind nicht nur die Wohnorte der städtischen Bevölkerung; sie bieten die Möglichkeit zu Austausch und Partizipation. Das Netzwerk Lebendige Quartiere setzte sich 2025 mit Teilhabe und Partizipation auseinander. Auf der Grundlage des jährlich stattfindenden Seminars und einer Gesprächsrunde mit Expertinnen und Experten erarbeitete es ein Thesenpapier zur Freiwilligenarbeit im Quartier. Weiter führte das Netzwerk in den Städten Freiburg und Uster einen Quartierbesuch zu den Themen Verhandlung mit der Quartierbevölkerung und zum Potential von Schularealen als Quartierräumen durch.



Kulturbotschaft 2025 – 2028

Nach längeren Konsultationen und zahlreichen Diskussionen im Parlament wurde die Kulturbotschaft 2025–2028 verabschiedet. Die Städte beteiligten sich via Städteverband und dessen Städtekonferenz Kultur SKK intensiv an der Erarbeitung und starteten 2025 mit der Umsetzung.

Kultur als Aufgabe aller Staatsebenen

Das Entlastungspaket 27 des Bundes betrifft die Kulturförderung stark. Rund die Hälfte der öffentlichen Kulturförderung stammt aus den Kassen der Gemeinden, wobei der grösste Anteil von den Städten kommt. Spart der Bund bei der Kultur, werden die Städte noch einen grösseren Anteil übernehmen müssen, wenn sie ein vielfältiges kulturelles Angebot bei sich als Standortvorteil erhalten wollen. Diese und weitere Themen konnten im Rahmen des Nationalen Kulturdialogs diskutiert werden, der 2025 zweimal tagte.

Positionspapier Klimaschutz

Die Städte leisten ihren Beitrag zur Erreichung der internationalen und nationalen Klimaziele und setzen seit Jahren eine ambitionierte Klimaschutzpolitik um. Ob die Städte ihre selbst gesteckten Ziele und damit ihre Beiträge an die nationalen Ziele erreichen können, ist auch abhängig von der nationalen und kantonalen Gesetzgebung sowie von der finanziellen Unterstützung der Gemeinden durch den Bund. Im Positionspapier «Erfolgreiche Klimaschutzpolitik – was braucht die Netto-Null-Stadt?» verlangen die Städte, dass sie deutlich mehr Handlungsspielraum erhalten. Das Papier wird zudem als Grundlage dienen, wie sich die Städte zur geplanten Klimapolitik nach 2030 des Bundesrates positionieren werden.

Schutz des Trinkwassers

Zusammen mit seiner Sektion Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur SVKI positionierte sich der Städteverband für den Schutz des Trinkwassers. Die hohe Qualität des Trinkwassers in der Schweiz steht aufgrund divergierender Interessen und ökologischer Defizite stark unter Druck. Die Städte setzen sich gegen mehrere Vorstösse in den eidgenössischen Räten zur Schwächung des Gewässerschutzes ein. Diese gilt es im Sinne des Vorsorgeprinzips entschieden zu bekämpfen.

Stromabkommen mit der EU

Der Städteverband und seine Energie- und klimapolitische Kommission EKK setzten sich intensiv mit dem EU-Stromabkommen, dessen Umsetzung im nationalen Recht und den Auswirkungen auf die Städte auseinander. Der Städteverband wertet das Verhandlungsergebnis als grundsätzlich positiv, insbesondere die Ausgestaltung einer regulierten Grundversorgung sowie die Verankerung des konsequenten Ausbaus der erneuerbaren Energien.

Nahrung, Gas, Phosphor und Abfall

Anfang Jahr lancierten die sieben grössten Schweizer Städte die Charta für Nachhaltige Ernährung und übernahmen damit Verantwortung für Klimaschutz und Ernährungssicherheit. Zudem standen im Umweltbereich die Revisionen der Abfall- und Verpackungsverordnungen, die Phosphor-Rückgewinnung sowie PFAS-Grenzwerte und die kritische Positionierung zum Gasversorgungsgesetz GasVG im Fokus.

Digitalisierung

E-ID

Der Städteverband sprach sich für die Einführung der E-ID aus und freute sich darüber, dass das Volk der Vorlage im September zustimmte. Die Einführung einer elektronischen Identität auf nationaler Ebene ist ein Meilenstein, um die digitale Transformation der Verwaltungen zu begleiten, und ermöglicht es den Städten, ihre digitalen Strategien zu konkretisieren und die Effizienz der öffentlichen Hand zu erhöhen. Als nächsten Schritt haben die Städte ihre Interessen zur gesetzlichen Umsetzung der E-ID im Herbst in der Vernehmlassung eingebracht.

Nationaler Adressdienst

Der Städteverband unterstützt grundsätzlich einen nationalen Adressdienst. Ein solches System kann für die Behörden Vorteile und Effizienzsteigerungen mit sich bringen, denn es legt wichtige Grundlagen für die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Das Parlament hat sich im Berichtsjahr mit dem Gesetz zum nationalen Adressdienst befasst; die Differenzbereinigung und Schlussabstimmung stehen fürs Folgejahr an.

Europa / Internationales

Die Schweizer Städte sind als wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Zentren auf stabile Beziehungen zur EU angewiesen. Im Rahmen der bei seinen Mitgliedern durchgeführten Vernehmlassung äusserte sich der Städteverband positiv zum Paket Schweiz-EU: Er erachtet das Verhandlungsergebnis des Bundesrates

zum gesamten Paket als sehr erfreulich. Dank der mit der EU ausgehandelten Binnenmarkt- und Kooperationsabkommen kann die Schweiz gezielt in jenen Bereichen teilhaben, die ihren zentralen Interessen entsprechen. Jedoch forderte der Städteverband deutlich mehr Mitsprache bei der innerstaatlichen Umsetzung.

Sicherheit

Die zunehmende Verfügbarkeit von Crack und Kokain stellen für die Gesellschaft eine Herausforderung dar. Die Städteinitiative Sozialpolitik und die Konferenz der Städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD) befassten sich an einem gemeinsamen Treffen in St.Gallen mit Fragen der Drogenpolitik. Eine neu publizierte Orientierungshilfe zum Umgang mit Crack im

öffentlichen Raum liefert konkrete Handlungsempfehlungen und soll weitere Städte zum Dialog anregen.

Am Sicherheitskongress 2025 diskutierten die Städte unterschiedliche Modelle und konkrete Lösungsansätze aus verschiedenen Städten zum angemessenen Umgang mit Prostitution.

Medienpolitik

Ende Jahr lehnte das Parlament die SRG-Initiative («200 Franken sind genug») ab. Die Städte begrüsst diesen Entscheid. Die Städte brauchen regionale, unabhängige und qualitativ hochwertige Medien, um zu gewährleisten, dass ihr demokratisches System funktioniert. Dank den Medien kann sich die Bevölkerung informieren, sich eine Meinung bilden und sich umfassend an der direkten Demokratie beteiligen. In einem für die traditionellen Medien schwierigen Umfeld unterstützen die Städte eine

starke Medienlandschaft. Daher sprechen sie sich gegen die Senkung der Radio- und Fernsehgebühren aus. Der Verband verabschiedet zugleich ein grundsätzliches Positionspapier zu seiner Medienpolitik und nimmt zur aktuellen Medienpolitik Stellung, um sich zur Gebühr, aber auch zur Medienförderung und zum Urheberrecht zu positionieren. Vor diesem Hintergrund beschloss der Städteverband sich aktiv gegen die Halbierungsinitiative am Abstimmungskampf zu beteiligen.

Politische Interessenvertretung

Der Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden in der Bundespolitik. Einerseits pflegt er sein Netzwerk mit dem Bund, dem Bundesrat und der Bundesverwaltung durch zahlreiche Treffen auf Präsidial-, Direktions- und Fachebene, andererseits bringt er sich aktiv im Parlament ein. Er vertritt seine Positionen mit Schreiben an die Kommissions- und Parlamentsmitglieder, indem er an Anhörungen der vorbereitenden Kommissionen teilnimmt und den persönlichen Kontakt zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern pflegt.

Am Vernetzungsanlass «table urbaine» treffen sich SSV-Vertreterinnen und Vertreter mit den Parlamentsmitgliedern. Dieser fand 2025 während der Frühjahressession in einem kleinen Rahmen mit Kultur und Kulinarik statt.

Aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des Städte- und Gemeindeartikels (Art. 50) in der Bundesverfassung reflektierte der Städteverband zusammen mit dem Gemeindeverband SGV bisherige Bemühungen und zukünftige Herausforderungen des Einbezugs der dritten Staatsebene. In einem Sessionsanlass der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik im Frühling diskutierten Parlamentarierinnen und Parlamentarier sowie die beiden Kommunalverbandspräsidenten die bisherigen Bemühungen der Umsetzung des Artikels 50. An einem Jubiläumsanlass im Bundeshaus während der Herbstsession übergaben SSV und SGV dann die Deklaration «Die Städte und Gemeinden im Bundesstaat» Bundesrat Beat Jans.

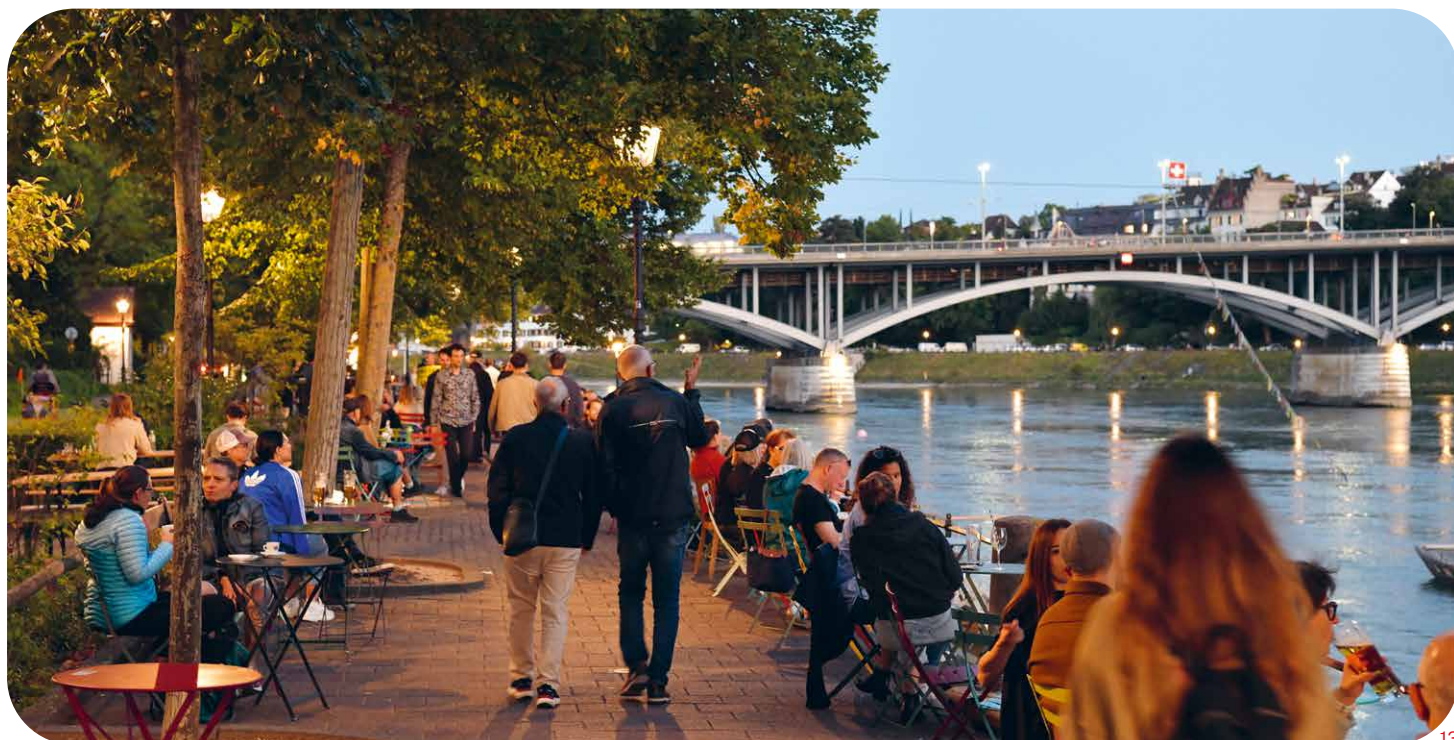
Der Netzerkanlass der parlamentarischen Gruppe Städte thematisierte im Juni das Wachstum in den Städten. Im September übernahm der Städteverband das Sekretariat dieser parlamentarischen Gruppe; die Zusammenarbeit wird künftig verstärkt.

Der Städteverband veröffentlicht jeweils vor der Session seine Sessionsvorschau zuhanden der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Darin kommuniziert er seine Empfehlungen zu den traktandierten Geschäften, die die urbane Schweiz betreffen. Die Sessionsvorschau ist öffentlich zugänglich und geht an die Mitglieder, Medien-schaffende und weitere interessierte Kreise.

Der Städteverband nahm 2025 an insgesamt 57 Vernehmlassungen teil.

Publikationen

- **Statistik der Schweizer Städte:** Die Statistik der Schweizer Städte erschien erstmals in neuer, kompakter Form mit der Möglichkeit, gewünschte Daten digital aufzurufen. Die bestehenden Datenreihen werden in einem Gemeinschaftswerk mit dem Bundesamt für Statistik weitergepflegt.
- **«focus» Das Online-Magazin des Schweizerischen Städteverbands:** Anschauliche Beispiele aus den Mitgliedstädten und Interviews mit deren Exekutivmitgliedern zeigen je ein Thema, das die Städte bewegt. Im Jahr 2025 waren dies: Innenentwicklung, Klimaschutz, Altern in der Stadt, die Städte im Bundesstaat, Wohnen und Armut sowie Tempo 30 auf Hauptachsen.



- **Newsletter:** Im Newsletter informiert der Städteverband acht Mal pro Jahr über seine politischen Positionen, das politische Geschehen, teilt Neuigkeiten für das Fachpublikum, berichtet über Veranstaltungen und über das Neueste aus den Sektionen sowie weiteres mehr.
- **Presseschau:** Die täglich versandte Presseschau lieferte auch 2025 den Mitgliedern zahlreiche Zeitungsartikel, die aus städtischer Sicht von Interesse sind.
- **Medienmitteilungen:** Der Städteverband versandte 24 Medienmitteilungen. Nebst zahlreichen Medienanfragen hat sich der Städteverband auch über aktive Medienarbeit gezielt platziert. Im Monitoring werden für 2025 über 1000 Nennungen für «Städteverband» bzw. «Union des villes suisses» gelistet.

Veranstaltungen

Der Städteverband organisiert Veranstaltungen und ist Partner von Events. Er nimmt aktiv an Referaten oder Podiumsdiskussionen teil, an denen er seine Expertise einem interessierten Publikum vermittelt. Mitglieder des Städteverbandes profitieren häufig von vergünstigten Konditionen. Auch 2025 war der Städteverband an diversen Veranstaltungen Partner oder Patronatspartner, so z.B. der Swiss Cyber Security Days, der IoT-Konferenz, des Energiekongresses St. Gallen, den Events des Schulthess Forum oder des Swiss eGovernment Forum. Zusammen mit EspaceSuisse hat er zudem eine Tagung zur Stadt der kurzen Wege programmiert und veranstaltet.

An den Fachveranstaltungen «SSV-Info» werden aktuelle Themen in einem persönlicheren Rahmen vertieft behandelt, exklusiv und unentgeltlich für Mitglieder. Im Berichtsjahr gab es 2 solche Veranstaltungen.

Städtetag in Brig-Glis

Menschen werden immer älter. Das verändert die Gesellschaft und stellt sie vor Herausforderungen. Dementsprechend dynamisch ist die Alterspolitik in den Städten. Denn diese sind Pionierinnen und Labore, um gemeinsam mit und für die ältere Bevölkerung und die Gesamtgesellschaft gute Lösungen zu finden. Doch wie kann städtische Alterspolitik wirkungsvoll gestaltet werden? Diese und ähnliche Fragen stellten sich rund 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus vielen Städten am Städtetag 2025 in Brig-Glis.

Die Delegierten der Schweizer Städte haben am Städtetag 2025 zudem die Deklaration [«Die Städte und Gemeinden im Bundesstaat»](#) verabschiedet.

Die Delegiertenversammlung wählte mit Hanspeter Hilfiker, Stadtpräsident Aarau (FDP), einen sachkundigen und vernetzten Vertreter der Städte zum neuen Präsidenten und verdankte den zurücktretenden Präsidenten Anders Stokholm für sein dreijähriges Engagement. Der Städtetag mit der Generalversammlung bildet den Höhepunkt des Verbandsjahres. Er ist das grosse Stelldichein der städtischen Schweiz und dient dem Austausch zwischen den Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedstädte.

Geschäftsstelle

Auf der Geschäftsstelle ist es zu mehreren personellen Wechsels gekommen:

- Im März trat Monika Litscher das Amt der Direktorin an.
- Die dadurch freiwerdende Stelle des stellvertretenden Direktors konnte im Mai mit Michael Brändle besetzt werden.
- Anna Meisser hat per Anfang Januar als Leiterin Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik sowie Digitalisierung gestartet.
- Léa Pacozzi hat sich zur Projektleiterin entwickelt und konnte die Projektleitungsstelle Kultur übernehmen.
- Maja Münstermann in der Administration und Barbara Santschi als Leiterin Direktionsstab und Verantwortliche der Raumentwicklung wurden nach der Pensionierung ersetzt: Valérie von Allmen übernahm ab Ende August die Position in der Administration und mit Caspar Schärer ist seit Anfang Herbst die Leitung Raumentwicklung und Agglomerationen besetzt.
- Per Ende Jahr hat schliesslich Louise Offner die Stelle Administration und IT von Christina Grab übernommen.

Netzwerk

Der Städteverband bietet seinen Mitgliedern eine vielfältige und breite Palette an Plattformen, um sich fachlich auszutauschen und politisch einzubringen.

Sektionen

Als selbständige Organisationen befassen sich die Sektionen des Städteverbandes mit spezifischen Fragestellungen in ihrem Fachbereich. Sie erarbeiten fachliche Grundlagen sowie politische Positionen und bringen sich – in Absprache mit dem SSV – aktiv in den politischen Prozess ein.

- Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFd)
- Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)
- Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)
- Städteinitiative Bildung
- Städteinitiative Sozialpolitik
- Städtekonferenz Mobilität (SKM)
- Städtekonferenz Kultur (SKK)

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Kommissionen und ständigen Arbeitsgruppen (AG) des Städteverbandes dienen der internen Meinungsbildung und dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern des Städteverbandes.

- Energie- und klimapolitische Kommission
- Fachgruppe Stadt- und Gemeindeingenieure
- Netzwerk altersfreundlicher Städte
- Statistikkommission
- Zentrum öffentlicher Raum (ZORA)
- AG Digitalisierung
- AG Geoinformation SSV
- AG Kommunikation
- AG Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus
- AG Städtische Integrationsdelegierte
- AG Städtisches Nachtleben
- AG Stadtplanung
- Interessengemeinschaft Grosse Kernstädte

Das Netzwerk Lebendige Quartiere NLQ wird als weiteres Projekt im Auftrag des Bundes geleitet.

Vorstand

Hanspeter Hilfiker	Präsident, Stadtpräsident Aarau
Joëlle Bertossa	Vizepräsidentin, Stadträtin Genf
Corine Mauch	Vizepräsidentin, Stadtpräsidentin Zürich
Bruno Arrigoni	Stadtpräsident Chiasso
Conradin Cramer	Regierungspräsident Basel-Stadt
Ramona Gut-Rogger	Gemeindepräsidentin von Emmen
Barbara Horlacher	Frau Stadtammann Brugg
Grégoire Junod	Stadtpräsident Lausanne
Marieke Kruit	Stadtpräsidentin Bern
Michael Künzle	Stadtpräsident Winterthur
Philipp Kutter	Stadtpräsident Wädenswil
Raphael Lanz	Stadtpräsident Thun
Franziska Stadelmann	Gemeindepräsidentin Muttenz
Thierry Steiert	Stadtammann Freiburg
Philippe Varone	Stadtpräsident Sion
Mélanie Wyss	Stadtpräsidentin Morges

Die Geschäftsstelle Ende 2025

Monika Litscher	Direktorin
Michael Brändle	Stv. Direktor
Giulia Brawand	Administration, Eventmanagement und Assistenz Direktion
Jocelyn Droux	Praktikant
Franziska Ehrler	Sozial- und Gesellschaftspolitik
Jacob Feldges-Sokoloff	Praktikant
Benjamin Fröhlich	Kommunikation
Christina Grab	Administration und Koordination IT
Anna Meisser	Finanz- und Wirtschaftspolitik
Louise Offner	Administration und Koordination IT
Léa Pacozzi	Kultur
Daphné Rüfenacht	Energie- und Klimapolitik
Caspar Schärer	Raumentwicklung und Agglomeration
Jonas Schmid	Mobilität und Verkehrspolitik
Flora Senften	Wohnen und Quartiere
Valérie von Allmen	Administration und Assistenz Direktion

Kontrollstelle

Blaser Treuhand AG Bern

Stand am 31. Dezember 2025

Erfolgsrechnung

	2025		2024	
	CHF	%	CHF	%
Ertrag				
Mitgliederbeiträge	2 288 513.00		2 236 884.20	
Verwaltungskostenbeiträge	201 499.50		201 499.50	
Projekte und übrige Erträge	149 977.69		210 305.43	
Total Ertrag	2 639 990.19	100	2 648 689.13	100
Aufwand				
Vorstand/Sitzungen/Kommissionen	95 904.00	-3,6	101 263.15	-3,8
Sachaufwand	692 659.37	-26,2	783 441.35	-29,6
Personalaufwand	1 865 277.25	-70,7	1 782 720.74	-67,3
Total Betriebsaufwand	-2 653 840.62	-100,5	-2 667 425.24	-100,7
Ausserordentlicher Erfolg	4120.00	0,2	0.00	0.00
Jahreserfolg	-9 730.43	-0,4	-18 736.11	-0,7

Bilanz

	2025		2024	
	CHF	%	CHF	%
AKTIVEN				
Umlaufvermögen				
Flüssige Mittel	2 980 461.23		1 226 095.31	
Forderungen aus Lieferungen/Leistungen	8 218.70		1 041.40	
Übrige kurzfristige Forderungen	5 231.86		9 655.95	
Übrige kurzfr. Forderungen ggü. Nahestehenden	37 852.62		43 601.07	
Aktive Rechnungsabgrenzung	178 487.65		80 708.50	
	3 210 252.06	98,0	1 361 102.23	40,9
Anlagevermögen				
Finanzanlagen Mietkaution (Eigentumsvorbehalt)	66 246.81		66 191.92	
Finanzanlagen Festgeld	0.00		1 900 000.00	
Sachanlagen	1.00		1.00	
	66 247.81	2,0	1 966 192.92	59,1
Bilanzsumme	3 276 499.87	100	3 327 295.15	100
PASSIVEN				
Fremdkapital				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen/Leistungen	42 534.70		24 744.85	
Übrige kurzfr. Verbindl. ggü. Nahestehenden	320 067.68		279 167.95	
Passive Rechnungsabgrenzungen	84 173.34		74 927.77	
Total Fremdkapital kurzfristig	446 775.72		378 840.57	
Rückbehaltene Sachkosten	1 389 000.00		1 498 000.00	
Total Fremdkapital Langfristig	1 389 000.00		1 498 000.00	
Total Fremdkapital	1 835 775.72	56,0	1 876 840.57	56,4
Eigenkapital	1 440 724.15	44,0	1 450 454.58	43,6
Bilanzsumme	3 276 499.87	100,0	3 327 295.15	100,0

Anhang I

A) Angaben über die in der Jahresrechnung angewandten Grundsätze

Die vorliegende Jahresrechnung wurde gemäss des Schweizer Gesetzes, insbesondere der Artikel über die kaufmännische Buchführung und Rechnungslegung des Obligationenrechts (Art. 957 bis 962) erstellt.

B) Aufschlüsselung und Erläuterungen zu Positionen der Erfolgsrechnung und Bilanz

Unsere Erfolgsrechnung sowie Bilanz wurden detailliert gegliedert und alle wesentlichen Positionen offen ausgewiesen.

Anhang II

	31.12.2025	31.12.2024
1) Firma, Rechtsform, Sitz		
Verein im Sinne von Art. 60 ff ZGB Schweizerischer Städteverband Monbijoustrasse 8, 3011 Bern		
2) Anzahl Vollzeitstellen		
im Jahresdurchschnitt	<50	<50
3) Nicht bilanzierte Leasingverbindlichkeiten mit Restlaufzeit grösser 1 Jahr (ohne MWST)		
Verbindlichkeiten per 31.12.	6267.45	7867.65

**blaser
treuhand
bern**

Schweizerischer Städteverband
Monbijoustrasse 8
3011 Bern

Köniz, 2. Juni 2026

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision

an die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Städteverbandes, Bern.
Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Erfolgsrechnung, Bilanz und Anhang) des Schweizerischen Städteverbandes für das am 31. Dezember 2025 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen.

Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlansagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht.

Blaser Treuhand AG

M. Blaser

Qualifizierte elektronische Signatur - Schweizer Recht
Michael Blaser
Leitender Revisor
Revisionsexperte

F. Stainhauser

Qualifizierte elektronische Signatur - Schweizer Recht
Fabian Stainhauser
Revisionsexperte

Beilage Jahresrechnung

Blaser Treuhand AG
Schwarzenburgstrasse 265
3098 Köniz

Telefon +41 31 372 11 11
info@treuhandbern.ch
treuhandbern.ch

→ Kompetenz im Zentrum

Mitglieder

Aarau	Le Grand-Saconnex	Villars-sur-Glâne
Adliswil	Le Locle	Wädenswil
Aesch BL	Lenzburg	Wallisellen
Affoltern am Albis	Liestal	Weinfelden
Aigle	Locarno	Wettingen
Altdorf UR	Lugano	Wetzikon ZH
Altstätten SG	Luzern	Widnau
Amriswil	Lyss	Wil
Appenzell	Martigny	Willisau
Arbon	Meilen	Winterthur
Arosa	Meyrin	Worb
Baden	Monthey	Yverdon-les-Bains
Basel	Montreux	Zofingen
Bassersdorf	Morges	Zuchwil
Bellinzona	Moutier	Zug
Bern	Münsingen	Zürich
Biel	Murten	
Binningen	Muttenz	
Birsfelden	Neuenburg	
Brig-Glis	Nyon	Gemeindepräsidentenverband
Brugg AG	Oltén	Kanton Zürich (ohne Stimmrecht)
Buchs SG	Onex	
Bülach	Opfikon	Trägerverein Energiestadt
Bulle	Ostermundigen	(Gönnermitglied)
Burgdorf	Payerne	
Bussigny	Plan-les-Quates	Stand:
Carouge GE	Prilly	31. Dezember 2025
Chiasso	Pully	134 Städte
Chur	Rapperswil-Jona	
Delsberg	Regensdorf	
Dietikon	Reinach BL	
Dübendorf	Renens VD	
Illnau-Effretikon	Rheinfelden	
Emmen	Riehen	
Frauenfeld	Romanshorn	
Freienbach	Rorschach	
Fribourg	Rüti	
Genf	Sarnen	
Gland	Schaffhausen	
Glarus	Schlieren	
Gossau SG	Schwyz	
Grenchen	Siders	
Herisau	Sitten	
Hochdorf	Solothurn	
Horgen	Spiez	
Interlaken	St.Gallen	
Ittigen	St. Moritz	
Kloten	Stäfa	
Köniz	Steffisburg	
Kreuzlingen	Sursee	
Kriens	Thalwil	
Küssnacht ZH	Thun	
Küssnacht am Rigi	Urdorf	
La Chaux-de-Fonds	Uster	
La Neuveville	Uzwil	
La Tour-de-Peilz	Vaduz	
Lancy	Vernier	
Langenthal	Versoix	
Lausanne	Vevey	